

„Unsere Interessen am Erhalt unseres Wohlstandes“ vs. Ressourcengerechtigkeit

Workshop:

Krisen, Klima & Menschenrechte ignorierend - Auswirkungen der EU-
Handels- und Rohstoffpolitik in Europa und Asien

April 2013, Europa und Asien: Rechte * Ressourcen * K-Pop
philippinenbüro e.V. / PowerShift e.V., Michael Reckordt



Roland Koch (damaliger Ministerpräsident)

*„Manche unserer Verhandlungspartner in den sich gerade entwickelnden Staaten werden uns darauf hinweisen, dass die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und Arbeitskräfte in den letzten beiden Jahrhunderten unter Beteiligung der **Europäer so edel und sozial verantwortungsvoll** nun auch **nicht** gewesen sei. Das ist richtig. **Wir werden das Selbstbewusstsein entwickeln müssen, trotz dieser geschichtlichen Verantwortung - teilweise auch Schuld - einzufordern, dass heute Regeln gefunden werden, die unsere Interessen am Erhalt unseres Wohlstandes angemessen berücksichtigen.**“ (FAZ 28.6.2007)*



Öffentlicher Diskurs

- 2004 vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) initiiert, zielt alles auf „Versorgungssicherheit“:
 - Ausweitung des Rohstoffangebots
 - Kostengünstige und zuverlässige Versorgung
 - Freie Märkte & Abbau von Handelshemmnissen



RA Rohstoffallianz GmbH

- Im Jahr 2012 gegründet u.a.: BASF, BMW, Bosch, Bayer, Evonik, ThyssenKrupp und VW
- Ziel: Versorgung mit ausgewählten Rohstoffen „zur Stärkung der industriellen Wertschöpfung in Deutschland“ verbessern und nachhaltig sichern
 - Bündelung der Interessen und somit bessere Verhandlungsposition bei der Vereinbarung langfristiger Lieferverträge
 - Bündelung vorhandener Expertise und Aufbau neuen Know-hows für verbesserte Informationssituation und Handlungsoptionen der Unternehmen
 - Schaffung neuer Optionen für einen gesicherten Zugang zu kritischen Rohstoffen



EU- & D-Politik bedienen den Diskurs

- Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung (2007)
- The Raw Materials Initiative – Meeting our critical needs for growth and jobs in Europe (Europäische Kommission 2008)
- Rohstoffwirtschaftliche Bewertung der Länder Afrikas, Asiens, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Georgien und Südamerikas im Hinblick auf die Bedeutung für Deutschland (Deutsche Rohstoffagentur 2010)
- Rohstoffstrategie der Bundesregierung - Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen (2010)
- Tackling the challenges in commodity markets and on raw materials (Europäische Kommission 2011)



Deutsche Rohstoffstrategie

- Die „Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der Industrie mit mineralischen Rohstoffen ist von grundlegender Bedeutung für die Wirtschaft Deutschlands.“ „Funktionierende Märkte“ sorgen „für stabile Verhältnisse und langfristige Versorgungssicherheit“ (BMW i 2010b, S. 6).
- 9 Kernziele, u.a.:
 - Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen,
 - Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen,
 - Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern,
 - Fokussierung rohstoffbezogener Forschungsprogramme,
 - Herstellung von Transparenz und Good Governance bei der Rohstoffgewinnung,
 - Verzahnung nationaler Maßnahmen mit der europäischen Rohstoffpolitik



Zukunftsfähige Rohstoffstrategie

1. Globales, ökologisches Umsteuern
 - Verbrauch von Rohstoffen besteuern, Alternativen v.a. im energetischen Bereich vortreiben, Umwelt- und ressourcenschonende Beschaffung fördern, Ressourceneffizienz sowie der Recyclinganteil erhöhen.
2. Beachtung friedens- und sicherheitspolitische Aspekte - „Konfliktressourcen“
3. Schutz von Menschenrechten und Partizipation der Zivilgesellschaft
 - Recht auf freie, frühzeitige und informierte Zustimmung. Diese Zustimmung bzw. nicht-Zustimmung muss als bindend gelten.



Fortsetzung

4. Moratorium und Neuverhandlung für Investitionsabkommen

- Regierungen brauchen das Recht auf Gestaltungsspielraum,
- klare und verbindliche menschen- und arbeitsrechtliche, soziale, ökologische und ökonomische Verpflichtungen für Unternehmen, Gast- & Heimatländer
- Keine „Investor-to-State“ Klagen für Konzerne, dafür Opferschutz

5. Mehr Transparenz



Anzeige der philippinischen Regierung im Fortune Magazine im Jahr 1975

“To attract companies like yours, we felled mountains, razed jungles, filled swamps, moved rivers and relocated towns – all to make it easier for you and your business to do business here.”

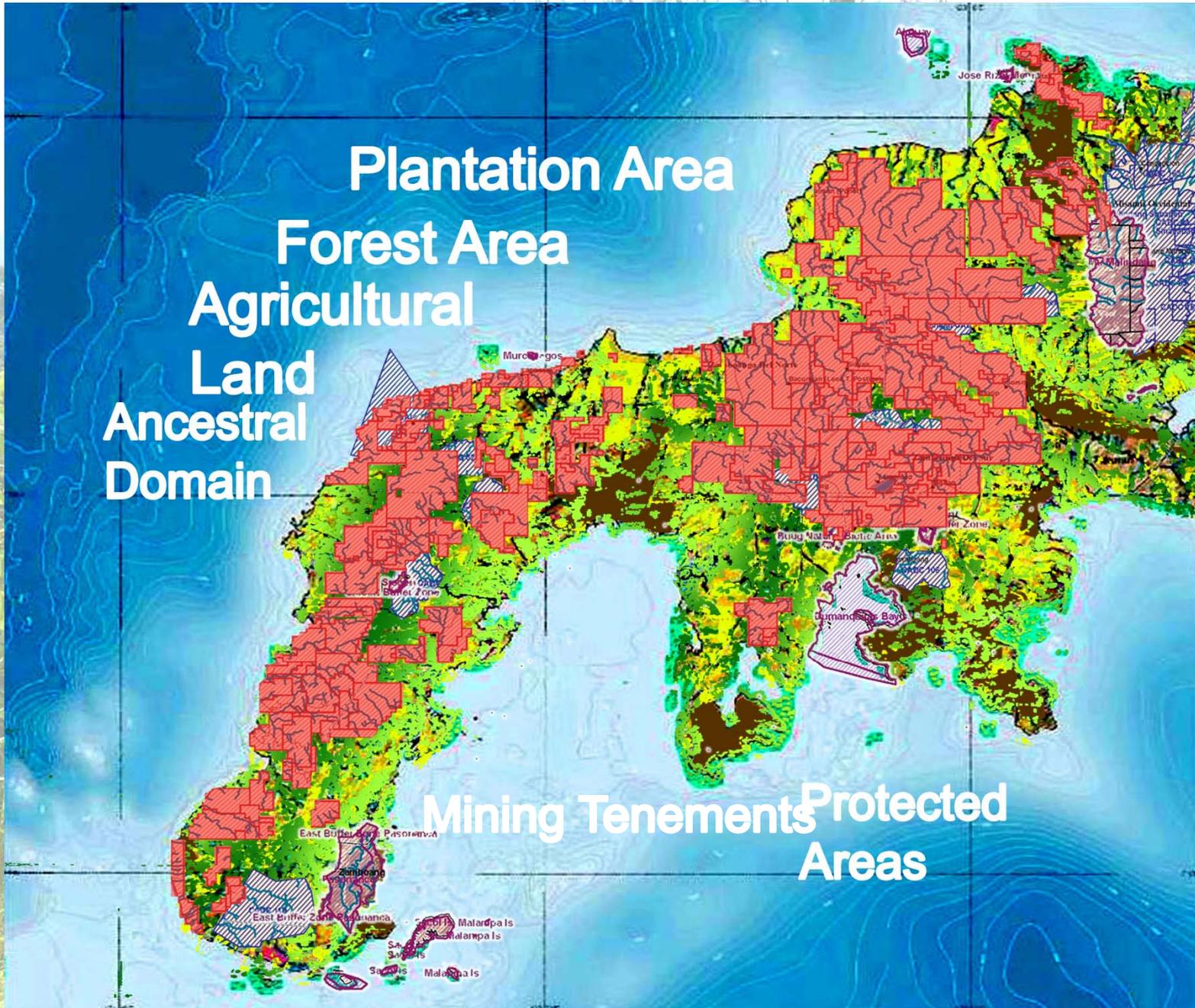


Philippinen: Mining Act of 1995

- Liberalisierung 1995 auf Druck von Weltbank, Asian Development Bank (ADB)
- Vergünstigungen für ausländische Konzerne (Financial and/or Technical Assistance Agreement)
 - Bis zu 81.000 ha für Abbau (Offshore 324.000 ha)
 - Pachtdauer für 25 Jahre (+ Option auf 25 weiteren Jahren)
 - Aufhebung der 60:40 Filipino-Foreign Ownership Provision
 - Steuerbefreiung für 5-10 Jahre
 - Eigentumsrechte an Land, Wasser und Wäldern
 - Zollfreier Import/Export von Maschinen
 - Freier Kapitalverkehr, Rückführung von Investitionen und Schutz vor Enteignungen



Plantation Area
Forest Area
Agricultural
Land
Ancestral
Domain
Mining Tenements
Protected
Areas



Alternativen – Mineral Management Bill

- Gesetzentwurf von Zivilgesellschaft und progressiven Politiker/innen - Mineral Management Bill
 - Generelle Argumentation: Bergbau ist verboten, außer in ... (klare Festschreibung von No-Go-Zones)
 - Verbrauch von Ressourcen im Einklang mit der Entwicklung (auch zukünftiger Generationen)
 - Fokus auf Modernisierung der nationalen Industrie und der Landwirtschaft.
 - Nachhaltiger, rationaler und effektiver Umgang mit Abbau
 - Zustimmung aller lokalen Stakeholder



Generelle Forderungen

- Informierte Partizipation der „local communities“ und aller „stakeholder“ in Entscheidungsprozesse
- Regelung des „Free Prior Informed Consent“ für Indigene Gemeinschaften muss befolgt werden
- Verbindliche Einhaltung von Menschenrechten und ökologischen Standards
- Mehr Transparenz bei Investitionen (Zahlungsströmen) und relevanten Dokumenten
- Sozialgerechter und für die Umwelt nachhaltiger Abbau
- Für die Philippinen – alternatives Bergbaugesetz, welches die Rechte und Interessen der Bevölkerung stärkt und schützt

